

## Materialien zum Brief an die Innenminister betr. Aufnahmen aus Choucha

### IMK-Beschluss und Anordnung betr. Choucha vom 5.4.2012:

[http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2012/05/Resettlement\\_IMK\\_BMI.pdf](http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2012/05/Resettlement_IMK_BMI.pdf)

Auf der 193. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 08./09.12.2011 in Wiesbaden wurde die Einführung eines Resettlementprogramms in Deutschland beschlossen. Der Beschluss Nr. 19 im Wortlaut:

#### ***"19. Neuansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement); Einführung eines permanenten Neuansiedlungsprogramms / Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika***

*Die IMK spricht sich im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Bundesrates zu Ziffer 3 der BR-Drs. 742/09 (Beschluss) für eine permanente Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Aufnahme und Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten (Resettlement) aus. Die Implementierung des Resettlements soll in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und unter finanzieller Beteiligung der EU-Kommission erfolgen. Die Länder sollen dabei eine angemessene Erstattung ihrer Kosten erhalten. In diesem Rahmen empfiehlt die IMK, in den nächsten drei Jahren jährlich jeweils 300 Flüchtlinge aufzunehmen."\**

### Presseerklärung von Pro Asyl zum IMK-Beschluss vom Dezember 2011:

[http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/deutschland\\_hat\\_ja\\_gefluestert\\_innenminister\\_stimmen\\_resettlement\\_zu/](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/deutschland_hat_ja_gefluestert_innenminister_stimmen_resettlement_zu/)

## Deutschland hat "ja" gesagt: Innenminister stimmen Resettlement zu

Die Innenminister haben die dauerhafte Beteiligung Deutschlands an der Aufnahme von Flüchtlingen beschlossen. Das ist ein Erfolg. Doch die zugesagten Plätze sind gering. Es bleibt viel zu tun.

„Save me – Flüchtlinge aufnehmen“ – unter diesem Motto setzen sich seit 2008 Amnesty International, PRO ASYL, Kirchen, Verbände und zahlreiche lokale Initiativen für eine dauerhafte Beteiligung Deutschlands am Flüchtlingsaufnahmeprogramm der Vereinten Nationen ein. In den vergangenen drei Jahren haben sich deutschlandweit über 50 Save-me-Initiativen gebildet, 46 Städte und Gemeinden haben Ratsbeschlüsse gefasst, in denen die Kommunen ihre Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme bekannt haben. In zahlreichen Kommunen haben sich darüber etliche Unterstützerinnen und Unterstützer bereit erklärt, neu aufgenommenen Flüchtlingen bei der Erstorientierung und Eingliederung hilfreich zur Seite zu stehen.

Jetzt endlich hat Deutschland die Teilnahme am Resettlementprogramm des UNHCR zugesagt: Die Innenministerkonferenz habe eine dauerhafte Beteiligung Deutschlands an der Aufnahme und Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten beschlossen, so **Bundesinnenminister Friedrich**. In diesem Rahmen sollen in den nächsten drei Jahren insgesamt 900 schutzsuchende Flüchtlinge - 300 pro Jahr – aufgenommen werden. Dies solle in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR geschehen. Das ist eindeutig ein Erfolg für alle, die sich seit Jahren für die Aufnahme von Flüchtlingen stark gemacht haben.

PRO ASYL begrüßt die Entscheidung als einen Schritt in die richtige Richtung, der aber leider viel zu klein ausfällt. Denn die ins Auge gefassten Aufnahmezahlen mit dem Zeithorizont der nächsten drei Jahre sind angesichts der Größe der zu lösenden Probleme dürftig: In den nächsten drei Jahren will Deutschland 900 Flüchtlinge aufnehmen. Doch allein für das Jahr 2012 benötigt das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit 172.000 Resettlementplätze. Besonders dringend gelöst werden muss das Problem der subsaharischen Flüchtlinge, die nach Flucht und Vertreibung aus Libyen immer noch **im Lager Choucha** auf der tunesischen Seite der Grenze leben und nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Auch gemessen an der Größe und dem Wohlstand Deutschlands ist die Zahl der 900 Aufnahmeplätze gering. Zum Vergleich: Schweden nimmt jährlich rund 1.800 Flüchtlinge auf, 500 nimmt allein das mit rund fünf Millionen Einwohnern sehr kleine Finnland auf.

Aber das von den Innenministern beschlossene Aufnahmeprogramm ist nicht nur zahlenmäßig noch sehr ausbaufähig: PRO ASYL weist darauf hin, dass es bei der konkreten Ausgestaltung des Aufnahmeverfahrens darum gehen muss, den aufgenommenen Menschen wirkliche Sicherheit und Integrationschancen zu bieten: Den Aufgenommenen muss das Recht auf Familiennachzug garantiert werden, sie

brauchen Integrationshilfen, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu Leistungen des Gesundheits- und des Sozialsystems. Ihr Status muss dem Flüchtlingsstatus der Genfer Konvention (GFK) angepasst werden. Deutschland hat in den vergangenen Jahren kleine Kontingente von Flüchtlingen im Rahmen von Ad-Hoc-Aktionen aufgenommen. Die dabei aufgetretenen Probleme zeigen, dass jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen.

All jenen, die sich beharrlich für ein deutsches Resettlement-Programm eingesetzt haben, wird die Arbeit nicht ausgehen: Jetzt gilt es dafür zu sorgen, dass Deutschland die Zahl der Aufnahmeplätze erhöht, dass das Resettlementprogramm nach dem jetzt beschlossenen Aufnahmekontingent nicht auf eine Nullnummer hinausläuft und die aufgenommenen Flüchtlinge in Deutschland die Rechte erhalten, die ihnen zustehen. Auf den ersten, zaghaften Schritt müssen weitere folgen. In diesem Sinne: Weiter so!

## **Choucha-Appell vom Mai 2011:**

[http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article\\_id=486&clang=0](http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=486&clang=0)

### **Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!**

#### **Appell: Voices from Choucha**

“Wir wollen hier weg! Europa muss helfen!“ Die Forderungen auf den Pappschildern der Flüchtlinge und MigrantInnen an der tunesisch-libyschen Grenze sind eindeutig – und zwingend: 5000 Menschen warten seit Wochen und Monaten unter unerträglichen Bedingungen in dem Lager des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Choucha.

Sie alle konnten dem eskalierenden Bürgerkrieg in Libyen entkommen. Viele waren dort als ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, andere hatten Zuflucht vor den Kriegs- und Krisenzonen im subsaharischen Afrika gesucht. Überlebende von gekenterten Flüchtlingsbooten begegnen in Choucha denjenigen, die sich aus Verzweiflung und allen Gefahren zum Trotz wieder Richtung libyscher Grenze auf den Weg machen, um die gefährliche Überfahrt nach Europa zu wagen. Als vier Flüchtlinge aus Eritrea am 21.5. 2011 bei einem Feuer in der improvisierten Zeltstadt sterben, kam es zu spontanen Protesten und Straßenblockaden. Das tunesische Militär reagierte mit Tränengas, Anwohner überfielen das Lager. Mindestens zwei Flüchtlinge wurden erschlagen, viele trugen schwere Verletzungen davon.

Die Flüchtlinge in Choucha hofften und hoffen auf Hilfe und Unterstützung durch den UNHCR, der in den letzten Wochen u.a. die europäischen Staaten mehrfach um die Aufnahme von zumindest 6000 Flüchtlingen aus Libyen gebeten hatte. Vergeblich. Vielmehr wird die europäische Grenzschutzagentur Frontex verstärkt in Stellung gebracht und die neuen demokratischen Regierungen in Nordafrika werden mit Geldangeboten gelockt, damit sie auch in Zukunft die Wachhunde vor Europas Grenzen bleiben.

Die Situation in Choucha muss im Kontext der Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes nach Nordafrika gesehen werden. In der Abwehr von Flüchtlingen und Migrantinnen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten des Maghreb zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen die Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern strandeten und für die es kein Zurück mehr gibt.

Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes

prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha in Europa würde in diesem Sinne ein erstes, nicht nur symbolisches Zeichen setzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene, in Bund, Länder und Gemeinden auf,

- Soforthilfmaßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme zu ergreifen und die Flüchtlinge aus Choucha und den anderen vorübergehenden Flüchtlingslagern in Europa aufzunehmen.
- Humanitäre Unterstützung jener Subsahara-MigrantInnen zu leisten, welche bereits aus Libyen bzw. Tunesien ausgeflogen wurden. Z.B. sind allein in Mali seit Beginn des Libyen-Kriegs über 10.000 Flüchtlinge angekommen.
- Die bisherige Abschottungspolitik an den Außengrenzen zugunsten einer humanen und freizügigen Asyl- und Einwanderungspolitik aufzugeben, die im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen steht.
- Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika ernsthaft zu unterstützen und sie als eine Chance zu einer veränderten Nachbarschaftspolitik zu begreifen.

Unterzeichner (Stand 31. Mai 2011):

**Pro Asyl, medico international, Borderline Europe, Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe**

**Pressemitteilung vom 23.09.2013:**

[http://fluechtlingsrat-hamburg.de/content/PM\\_Choucha\\_230913.pdf](http://fluechtlingsrat-hamburg.de/content/PM_Choucha_230913.pdf)

## **Hunderte von Flüchtlingen werden in der tunesischen Wüste dem Sterben überlassen**

*Das Flüchtlingslager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze, das Flüchtlinge aus dem Libyen-Krieg aufnahm, wurde offiziell am 30.6.2013 geschlossen. Die Räumung der verbliebenen etwa 400 Flüchtlinge ist in den kommenden Wochen zu befürchten.*

Ende August 2013 besuchten Mitglieder des Netzwerks „Choucha Protest Solidarity“ das Flüchtlingslager Choucha. Dort leben immer noch ungefähr 400 Flüchtlinge – nach Angaben von IOM (International Organisation for Migration) und UNHCR (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) 262 abgelehnte Asylsuchende und 135 anerkannte Flüchtlinge – unter extrem harten Bedingungen, unter ihnen Familien, Kinder und kranke Menschen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischer Hilfe und Strom wurde vom UNHCR, der für das Lager verantwortlichen Organisation, beendet. Flüchtlinge versuchen jetzt verzweifelt, vorbeifahrende Autos anzuhalten und um Nahrungsmittel und Wasser zu betteln. Das Lager sieht aus wie ein Schlachtfeld, da die meisten Versorgungseinrichtungen von den NGOs zerstört wurden, bevor das Camp geschlossen wurde, und Zelte wurden vom starken Wüstenwind zerfetzt. Um etwas Geld zu verdienen, versuchen Flüchtlinge, als Tagelöhner in der nächstgelegenen Stadt Ben Guerdane zu arbeiten, obwohl diese Jobs miserabel bezahlt sind und die Konkurrenz mit tunesischen Arbeitssuchenden sehr groß ist.

Ohne die Unterstützung der NGOs werden die verbliebenen Flüchtlinge nicht nur mit allen möglichen Problemen allein gelassen und jeglicher Perspektive für ein normales Leben beraubt, sondern fühlen sich auch unsicher in der einsamen Grenzregion.

Mit ihrem weiteren Aufenthalt im Lager Choucha fordern die Flüchtlinge vom UNHCR, für alle von ihnen eine dauerhafte Lösung in Ländern mit einem wirksamen Asylsystem zu finden, weil die „lokale Integration“ in Tunesien, die das UNHCR ihnen anbietet, nicht funktioniert. Abgelehnte Asylsuchende werfen dem UNHCR schwerwiegende Fehler in ihren Verfahren vor, die zu ihrer Ablehnung führten. Weil sie nicht in ihre Herkunftsländer zurück können, hat diese Gruppe keine andere Wahl als im Lager zu bleiben. Sie weisen damit darauf hin, dass es die Verantwortung des UNHCR ist, ihre Verfahren neu aufzurollen und auch für sie dauerhafte Lösungen zu finden.

Aber statt auf die Forderungen der Flüchtlinge einzugehen, scheint sich die Situation zuzuspitzen. Ende August kündigte der Leiter des UNHCR-Büros im Zarzis an, dass das Lager Choucha demnächst vollständig geschlossen werde, weil die tunesische Regierung das Gelände benötige. Im Fall einer Räumung befürchten die Flüchtlinge Gewalt von Seiten des Militärs ähnlich wie im Mai 2011, als Soldaten Schüsse auf sie abfeuerten. Anschließend könnte die Abschiebung der im Camp verbliebenen Flüchtlinge drohen.

Sowohl die abgelehnten als auch die anerkannten Flüchtlinge bekamen Aufenthaltserlaubnisse für Tunesien angeboten, obwohl diese Information nicht jeder einzelnen Person im Lager vermittelt wurde und einige Flüchtlinge uninformiert blieben. Sowohl das Programm für die abgelehnten als auch das für die anerkannten Flüchtlinge wurden in einem unklaren rechtlichen Rahmen angekündigt. Bisher ist nicht sicher, wann und ob überhaupt diese Aufenthaltserlaubnisse ausgestellt werden und ob sie tatsächlich vor Polizeiübergriffen und Abschiebung schützen würden.

Darüber hinaus haben lokal integrierte Flüchtlinge kein Recht auf Familiennachzug. Versprochene Leistungen wie die Unterstützung im täglichen Leben und kostenlose Unterkunft wurden nicht gewährt, so dass die Flüchtlinge selbst Wohnraum finden und von dem wenigen Geld, das sie bekommen, bezahlen müssen. Außerdem wird die finanzielle Unterstützung in den kommenden Monaten beendet. Dies sind einige der Gründe, warum die meisten der anerkannten Flüchtlinge und abgelehnten Asylsuchenden die angebliche Bleibeperspektive in Tunesien ablehnen. Weil sie verzweifelt nach einem besseren Leben suchen, haben einige von ihnen der lokalen Integration zugestimmt, aber das Geld, das sie vom UNHCR bekamen, dazu verwendet, eine „illegale“ Bootsüberfahrt über das Mittelmeer zu bezahlen und damit ihr Leben zu riskieren. Andere organisieren seit dem 26. März 2013 ein Sit-in vor dem UNHCR-Büro in Tunis, um damit gegen die lokale Integration zu protestieren und der Forderung nach Resettlement (Ansiedlung in einem sicheren Land) für alle verbliebenen Menschen Nachdruck zu verleihen.

Die Situation in Tunesien ist weiter instabil. Politisch motivierte Morde und fehlende ökonomische Entwicklung vermischen sich mit Misstrauen und Unzufriedenheit gegenüber der Regierung und führen zu einem Mangel an Sicherheit für Tunesier\_innen und noch mehr für Ausländer\_innen, von denen viele zusätzlich mit der täglichen Erfahrung von Rassismus konfrontiert sind. Die politischen Eliten sind weit davon entfernt, einen Konsens über eine Verfassung zu erzielen und noch viel weniger über Gesetze zum Schutz von Flüchtlingen. Deshalb kann lokale Integration für Flüchtlinge und Asylsuchende nicht als eine dauerhafte Lösung betrachtet werden, wie das UNHCR glauben machen will!

Am 5. September 2013 traf eine Delegation des Netzwerks „Choucha Protest Solidarity“ zusammen mit den protestierenden Flüchtlingen in Tunis Vertreter\_innen des UNHCR und der EU-Delegation in

Tunis, um mögliche Lösungen für die verbliebenen Flüchtlinge zu diskutieren. Währenddessen fand eine Protestkundgebung vor der EU-Delegation statt.

Nach Angaben des UNHCR wurden die meisten Flüchtlinge aus Choucha von den USA (1.717) und Norwegen (485) aufgenommen. Die EU stellte nur sehr wenige Resettlementplätze zur Verfügung. Deutschland nahm auf Druck von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen am meisten auf (201), Großbritannien nur drei, Frankreich nur einen Flüchtling.

Wir fordern von den Regierungen der EU-Staaten, ihre Verantwortung zu übernehmen aufgrund des Libyenkriegs und die verbliebenen Flüchtlinge und Asylsuchenden aus Choucha aufzunehmen! Flüchtlingsschutz muss wichtiger sein als das politische Interesse an der Vorverlagerung der EU-Grenzen!

Aktuelle Informationen und ein Video von August 2013: <http://la.terre.est.pour.tous.over-blog.com/>

Weitere Informationen: <http://chouchaprotest.noblogs.org/>

Informationen der akzeptierten Flüchtlinge, die vor dem UNHCR in Tunis protestieren:  
<https://www.facebook.com/refugees.shousha>

### **Link betr. die unzureichend bzw. fehlerhaft durchgeführten Asylverfahren in Choucha:**

<http://frlan.tumblr.com/post/46837656415/surviving-choucha>

### **Aktuelle Artikel zur Situation in Choucha:**

<http://taz.de/Sudanese-ueber-Flucht/!124946/> (Deutsch)

<http://frlan.tumblr.com/post/54335169356/stop-press-choucha-closes> (Englisch)

[http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article\\_id=1054&clang=1](http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=1054&clang=1) (Englisch)

[http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article\\_id=1053&clang=2](http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=1053&clang=2) (Französisch)

### **Aus dem EU-Parlamentsbeschluss vom 23.10.13**

(Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2013 zu dem Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum, insbesondere den tragischen Ereignissen vor Lampedusa (2013/2827(RSP)):

<http://www.european-council.europa.eu/council-meetings/conclusions>

*“ Das Europäische Parlament:*

*2. vertritt die Auffassung, dass Lampedusa einen Wendepunkt für Europa markieren sollte und dass weitere Tragödien nur durch ein gemeinsames Vorgehen verhindert werden können, das auf Solidarität und Verantwortung beruht und sich auf gemeinsame Instrumente stützt;*

*8. betont, dass die Umsiedlung von Personen, die internationalen Schutz genießen, sowie von Asylbewerbern eine der konkretesten Formen der Solidarität und der gemeinsamen Verantwortung darstellt;*

*21. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Asylsuchenden einen sicheren und fairen Zugang zum Asylsystem der Union zu ermöglichen.*